

Cannes mußte sich die Köhnerin... nach hartem Kampf 5:7...

Winterschaften nahmen am Sonn... bei gutem Wetter auf der 2200...

Primo Canera in Neunorf ge... Der ganze Kampf dauerte nur...

den australischen Leichtathletik... über eine englische Meile nur...

die deutsche Schwergewichts... den Stuttgarter Gürtling über...

Siegen, der bekannte Mara... im Alter von 28 Jahren.

er Hallen-Sportfest... Sprinter-Dreikampf.

en-Sportfest, das gemeinsam... dem Kreis 3c der D. T. am...



stag, den 30. Januar ds. Js... unter stattfindende Vieh-...

Beobachtungsgebieten dürfen... führt werden.

muß beim Zutrieb auf den Markt... unterfucht werden.

orte Tier ist ein Ursprungszeug... den tierärztliche, Schweinehändler...

dieser Vorschriften wird be... handelnde werden außerdem...

en 25. Januar 1930... Schulth.-Amt: Braun.

chias, Hexenschuss, Glieder... Nennralgie (Nervenschmer...

los ein einfaches Mittel mit, das... Patienten in kurzer Zeit half.

argret Heber, Wiesbaden A 251.

nt-... le... 8.15... de...

Trink-Eier... kann täglich abeben... D. Burkhardt, Landwirt.

Saiten... für Violine... Sitar... Gitarre... Mandoline...

G. W. Zaiser... bereits noch neue Nähmaschine...

zu verkaufen. 296... Zu erfragen bei der Geschäftsstelle des Blattes.

Der Gesellschaftler

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feiertunden“, „Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.

Bezugspreise: Monatlich einschließlich Trägerlohn M 1.60; Einzelnummer 10 S. — Erscheint an jedem Werktag. — Verbreitetste Zeitung im O.-A.-Bezirk Nagold. — Schriftleitung, Druck und Verlag v. G. W. Zaiser (Karl Zaiser) Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise: Die 1-spaltige Borgisseile oder deren Raum 20 S. Familien-Anzeigen 15 S. Reklamezeile 60 S. Sammelanzeigen 50% Aufschl. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Telegr.-Adresse: Gesellschaftler Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postsch. No. Stuttgart 5113

Nr. 22

Geegründet 1827

Dienstag, den 28. Januar 1930

Zeitsprecher Nr. 29

104. Jahrgang

Der Notschrei des deutschen Ostens

Die Denkschrift der Landeshauptleute

Die Landeshauptleute der sechs östlichen Provinzen Ostpreußen, Grenzmark, Pommern, Brandenburg, Niederschlesien und Oberschlesien haben sich zu einem ungewöhnlichen Schritt entschlossen. Sie haben gemeinsam eine Denkschrift verfaßt, worin sie ein eindrucksvolles Bemeismaterial für die große Notlage ihrer Provinzen zusammengetragen haben, und sie haben diese Denkschrift zunächst dem Reichspräsidenten, dann den übrigen Spitzen der Reichs- und Staatsregierung, sowie dem Reichstag und dem Preussischen Landtag überreicht. Sie erklären in dem Bortwort dieser Denkschrift, daß sie, nachdem von ihnen in zahlreichen Eingaben während der letzten Jahre auf die besonderen Nöte der einzelnen Provinzen hingewiesen wurde, sich jetzt zu diesem gemeinsamen Schritt entschlossen haben, weil sie ein längeres Schweigen mit ihrer Amtspflicht und ihrem Gewissen nicht mehr verantworten können. Sie erklären, daß die bisher gewährte Hilfe zur Beseitigung auch der dringlichsten Notstände nicht ausreichte und vielfach an dem Kern der Dinge vorbeigegangen sei. Sie betonen, daß auf dem deutschen Osten noch immer und in steigendem Maße die unrichtbare Befahrung schwerster Wirtschaftsnote laste, welche die Bewohner dieser Landesteile im Ringen für das gemeinsame Wohl zermürbe, eine dem Staatsganzen schädliche Resignation schaffe und damit nicht zu unterschätzende nationale Gefahren heraufbeschwöre.

Der verlorene Krieg hat Deutschland im Osten die tiefsten Wunden geschlagen. Weite Gebiete — einst die Kornkammer Deutschlands — sind aus dem Bestand des Reichs herausgerissen, brutale Willkür hat Ostpreußen vom Mutterland getrennt, die ober-schlesische Industrie ist verödet, Pommern und Brandenburg sind zu Grenzländern gemacht, und Polens Grenzen sind auf eine Entfernung von 164 Kilometern an die Tore der Reichshauptstadt Berlin herangerückt.

Was wir verloren haben

Durch die Gebietsabtretungen auf Grund der Diktate von Versailles und Genf — so wird in Abschnitt A der Denkschrift ausgeführt — haben die preussischen Ostprovinzen eingebüßt an Menschen 4 375 000 = 26 v. H. des Bestands, an Gesamtfläche 5 100 000 Hektar = 25 v. H. des Gesamtbestands. Die Provinzen Posen und Westpreußen sind von der Landkarte so gut wie verschwunden. Damit sind zugleich schwere Eingriffe in die Wirtschaftskapazität der Ostprovinzen verbunden gewesen. So wurden verloren 27 v. H. der landwirtschaftlich genutzten Fläche, 30 v. H. der Ernteerträge in Brotgetreide, 31 v. H. der Erntebeträge von Hackfrüchten, 29 v. H. des Viehbestands, von 57,77 Milliarden Tonnen Steinkohlenvorräten verblieben uns 8,67 Milliarden Tonnen, von 20 Millionen Tonnen Zink- und Bleierz 11 Millionen Tonnen, von 67 Steinkohlenbergwerken 14, von 15 Zink- und Bleierzgruben 5 kleine Gruben, von 37 Hochöfen 15, von 25 Eisen- und Stahlgießereien 12, von 12 Walzwerken und 12 Stahlwerken je 3.

Die ungeheuer langen Ostgrenzen tragen mit zur Schädigung des Wirtschaftslebens bei. Gegen 1600 Kilometer vor dem Krieg betragen die deutschen Ostgrenzen heute 2650 Kilometer. Das entspricht der doppelten Länge der Eisenbahnstrecke Königsberg-Saarbrücken. Durch die Grenzziehung sind zerschnitten worden 68 Eisenbahnlinien, 144 Kunststraßen, 722 Landstraßen und viele tausend mindere Wege.

Brag statt Breslau

Ganz besonders hat Ostpreußen unter seiner injuriösen Lage zu leiden. Während früher das Wirtschaftszentrum des ganzen Nordostens Danzig war und von dort aus zur Frachtersparnis die Produkte des Ostens in weitere Abgabengebiete geschafft werden konnten, ist Ostpreußen durch Abschneidung der Binnenwasserstraßen heute auf den Landweg angewiesen. Durch die ungeheuren Frachten ist die Wettbewerbsfähigkeit ostpreussischer Produkte völlig aufgehoben. Niederschlesien und Oberschlesien haben besonders darunter zu leiden, daß ihre ehemaligen Wirtschaftszentren im Osten Europas lagen, von dem sie heute durch unüberwindbare Zollschranken völlig abgeschnitten sind, sie müssen sich also vollkommen neue Abgabengebiete suchen, um weiter existieren zu können. Schon heute hat Brag in vieler Beziehung das Erbe Breslaus in Osteuropa angetreten.

Das Elend der Steuern

Ein Gradmesser für die Not des Ostens ist die Verschuldung der Landwirtschaft. In dieser Beziehung steht der deutsche Osten weitaus an der Spitze. Je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche betrug die Verschuldung am 1. Januar 1928 beispielsweise in Ostpreußen 675 RM., in der Grenzmark Posen-Westpreußen 630 RM., in Pommern 575 RM. Seitdem ist sie noch gestiegen. An steuerbarem Einkommen liegt der deutsche Osten bis zu 68 Prozent unter dem Reichsdurchschnitt, während er früher den Reichsdurchschnitt erreichte. Das Maßstabsteuerjoll aller sechs Provinzen zusammen ist niedriger als das des Rhein-

lands allein. Auch in bezug auf die Vermögenssteuer stehen die östlichen Landesfinanzämter an weitaus letzter Stelle, nämlich Breslau mit 4,9 RM., Brandenburg mit 4,7 RM., Steier mit 4,3 RM., Oberschlesien mit 3,2 RM. und Königsberg mit 2,9 RM. Der Reichsdurchschnitt beträgt 6,3 RM., doch liegen die westlichen Provinzen und Süddeutschland größtenteils über dem Reichsdurchschnitt.

Die Zahlungseinstellungen zeigen ein trauriges Bild des Verfalls. Während 1928 die Steigerung im gesamten Reichsgebiet nur 35 v. H. betrug, betrug sie in Pommern 85 v. H., Oberschlesien 75 v. H., Ostpreußen 60 v. H., Niederschlesien 60 v. H., Grenzmark Posen-Westpreußen 58 v. H. Von 1924 bis 1927 sind von der zwangsversteigerten Fläche 90 v. H., von der Zahl der zwangsversteigerten Grundstücke allein 71 v. H. auf die deutschen Ostgebiete zu rechnen, gegen 10 v. H. bzw. 20 v. H. im ganzen übrigen Preußen.

An Steuerüberweisungen und Dotationen fallen, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, in den Ostprovinzen die geringsten Anteile. Sie bewegen sich zwischen 25 und 31 Reichsmark bei einem Durchschnitt von 26 RM. in Preußen. Dagegen weisen die Rheinprovinz, Hessen-Nassau, Schleswig-Holstein Kopfbeiträge von 43 RM. auf, während die anderen Provinzen den Durchschnitt erreichen.

Das große Menschenreservoir

In bezug auf die Kindersterblichkeit stehen die östlichen Provinzen oben an, ebenso in bezug auf die Tuberkulose-Sterblichkeit. Auch durch die Abwanderung wird die Lage im deutschen Osten nicht unerheblich verschärft. Nur die deutschen Ostprovinzen haben noch einen Geburtenüberschuß aufzuweisen, der dem deutschen Westen zugute kommt und durch den die Verluste an Menschen im Westen durch Geburtenverlust wieder ausgefüllt werden. Der Osten verdient also auch als Menschenreservoir Deutschlands größte Beachtung. Das Schicksal der Ostmark ist das Schicksal der Nation.

Die Forderungen der Ostprovinzen

sind u. a.: Erschließung des Ostens durch Schaffung neuer Straßen und Eisenbahnen. Ausbau der östlichen Wasserstraßen. Verbilligung der Frachten. Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft. Höhere Zuweisung von Mitteln für die Wirtschaftsverbesserungen. Förderung der Bauern- und Landarbeiterfiedlung. Erhaltung und Stützung der ostpreussischen Industrie, des Handels und des Handwerks durch verstärkte Einleitung der Reichs- und Staatsaufträge. Erheblich weitergehende Berücksichtigung der Gemeinden im Finanzansatz. Stärkere Berücksichtigung bei der Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer. Mehrumleitung von Hauszinssteuermitteln, insbesondere auch zum Ausgleich der Flüchtlingslast. Gerechte Verteilung der Schullasten.

Neueste Nachrichten

Privatbesuch des Königs von Schweden beim Reichspräsidenten

Berlin, 27. Jan. Der Herr Reichspräsident empfing heute den privaten Besuch des Königs von Schweden, der sich auf der Reise nach dem Süden einige Stunden in Berlin aufhielt.

Die Reichsbank muß unabhängig bleiben

Berlin, 27. Jan. In einer Versammlung der Deutschen Volkspartei erklärte Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer: Reichsfinanzministerium und Reichsbank sind auf eine enge Zusammenarbeit angewiesen. Auf keinen Fall darf die finanzielle Unabhängigkeit der Reichsbank erschüttert werden.

Die Regierungsumbildung in Preußen

Berlin, 27. Jan. Die Verhandlungen über die Einführung der Großen Koalition in Preußen wurden heute fortgesetzt. Auf demokratischer Seite ist man zur Reaktions-

Dunkle Diplomatie

London, 27. Jan. Die Geheimnistuerei der Flottenkonferenz löst mehr und mehr ein Unbehagen in der öffentlichen Meinung Englands aus. Chamberlain (Konf.) sagte in einer Rede in Birmingham, es scheine, daß die neue Diplomatie noch dunkler sein könne als die alte, an deren Stelle sie treten wollte. Im Unterhaus wird ein Antrag eingebracht, der die bessere Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Vorgänge auf der Konferenz verlangt.

Die Pariser Presse ist über die französischen Feindlichen

Tagespiegel

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen wurden am Montag wieder aufgenommen.

Die Sowjetregierung hat die Beteiligung an der Genfer Konferenz zur Ausarbeitung eines Völkfriedensabkommens am 17. Februar abgelehnt.

Die britische Admiralität hat den Bauauftrag der beiden 10 000-Tonnen-Kreuzer, deren Bau Mitte Juli vorigen Jahres eingeleitet worden war, nunmehr ganz zurückgezogen.

erweiterung bereit, die Ansprüche der Deutschen Volkspartei (zwei Ministerien usw.) werden aber als zu weitgehend bezeichnet. Man verlangt, daß der preussische Ministerpräsident Braun Vorschläge mache.

Die Kirchenverhandlungen wieder verlagert

Berlin, 27. Januar. Die preussische Regierung hat die Besprechungen über die Richtlinien für die Kirchenvertragsverhandlungen ohne Angabe der Gründe abermals verlagert.

Veränderungen zur Gewerbeordnung

Berlin, 27. Januar. Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf zur Änderung von Bestimmungen der Gewerbeordnung zugegangen. Es handelt sich besonders um Befreiung von Mißständen beim Gewerbebetrieb im Umherziehen und um Ergänzung der Vorschriften über das Markt- und Messwesen.

Vertrauensklärung des Zentrumsvorsitzenden für Dr. Wirth

Berlin, 27. Jan. In der Presse war dem Reichsminister Dr. Wirth vorgeworfen worden, daß er auf der Saager Konferenz den Franzosen das Sanktionsrecht und die etwaige spätere Wiederbeziehung des Rheinlandes geradezu angeboten habe. Der Reichsparteivorstand des Zentrums nahm nun in seiner gestrigen Sitzung, die den ganzen Tag dauerte, zu dieser Angelegenheit Stellung. Schließlich wurde Dr. Wirth das Vertrauen des Vorstandes und der Dank für seine unermühtlichen Bemühungen ausgesprochen, eine den Auffassungen der Zentrumspartei entsprechende und den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes Rechnung tragende Lösung der Fragen im Haag zu finden. Bezüglich der Saager Konferenz wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß das Saargebiet dem Reich wieder eingegliedert und die Saargruben den Staaten Preußen und Bayern zurückgegeben werden.

Der Reichsparteiauschuß des Zentrums soll Ende Februar oder Anfang März einberufen werden.

Berufungsverhandlung im Beleidigungsprozess Jorns

Berlin, 27. Jan. Vor der großen Strafkammer des Landgerichts begann heute in zweiter Instanz der Beleidigungsprozess des Rechtsanwalts Jorns gegen den „Tagebuch“-Redakteur Bornstein, der in einem Artikel dem damaligen Kriegsgeneralsrat Jorns vorgeworfen hatte, den Liebknecht- und Luxemburg-Mördern Vorschub geleistet zu haben, und in erster Instanz freigesprochen war, weil es dem Schöffengericht den Wahrheitsbeweis als erbracht angeliehen hatte. Rechtsanwalt Jorns hatte gegen dieses Urteil Berufung eingelegt. Von beiden Parteien ist zu der neuen Verhandlung eine Reihe neuer Zeugen in Aussicht genommen.

Kommunistische Ausschreitungen

Berlin, 27. Jan. Am gestrigen Sonntag wurden zahlreiche Personentransportwagen zwischen Köpenick und Wäggelheim von kommunistischen Gruppen angegriffen, mit Steinen beworfen und zum Teil schwer beschädigt. Als das Ueberfallkommando der Schutzpolizei alarmiert wurde, konnten noch sieben der Täter und zwei Frauenpersonen festgenommen werden, die übrigen verschwanden.

In Liekowitz bei Rauen (in der Nähe von Berlin) wurde eine Versammlung der Nationalsozialisten und in Rauen eine solche des Stahlhelms von Kommunisten, die durch Zugang aus Berlin verstärkt waren, überfallen. Die Angriffe wurden zwar abgewehrt, die Versammlungsorte aber belagert. Als abends die aus Berlin herbeigerufenen Ueberfallkommandos erschienen, verschwanden die Kommunisten. Einzelgehende Stahlhelmer waren schwer verletzt worden. In Reddinshausen wurde eine Streife von drei

Zeuerungen der italienischen Blätter aufgebracht, sie ist aber auch über die Londoner Zeitungen verstimmt, denen sie vorwirft, durch ein gefährliches Räntenspiel die Konferenz d. h. die französischen Sonderforderungen scheitern lassen zu wollen. Auch die Amerikaner finden keine Gnade. So schreibt der Berichterstatter des „Echo de Paris“ aus London, in der neuen Woche werde die französische Methode gegen die Washingtoner Methode zu kämpfen haben.

Schuppelziffern von Kommunisten angegriffen und einer der Beamten schwer verletzt. Die Täter sind entkommen.

Erfahrungswahl in Rappoltsweiler

Strasbourg, 27. Jan. Bei der Erfahrungswahl im oberrheinischen Wahlkreis Rappoltsweiler für den franz. Nationalparlament Dr. Pfeiffer, der in den franz. Senat kam, wurden zur Kammerwahl Stimmen abgegeben für den Nationalparlamentarier Dr. Dornier 3844, für den Sozialdemokraten Röth 3882 und für den Kommunisten Welch 273.

„Kommunistische Zellen“ in Lothringen

Paris, 27. Jan. Wie der „Matin“ aus Nancy meldet, hat eine Hausdurchsuchung bei dem verhafteten Kommunisten Ehoté in Nancy zur Beschlagnahme zahlreicher Schriftstücke geführt, aus denen hervorgeht, daß in 40 Regimentskommunistische Zellen bestehen, daß ein antimilitaristischer Feldzugsplan ausgearbeitet worden ist und daß auch der Bergarbeiterstreik des Kohlenbeckens von Briey drei Wochen dauerte und der vor wenigen Wochen zu Ende gegangen ist, auf das Konto dieser weitverzweigten Organisation zu legen ist.

Fajzifische Bücher auf dem Indes

Rom, 27. Jan. Die Inquisition hat nach der Meldung

Moldenhauer über Zündholzmonopol und Raffenlage

Steuererleichterung? ... Ausgeschlossen!

Berlin, 27. Januar.

Auf der Tagesordnung der Montagssitzung des Reichstages stand die zweite Beratung des Zündwarenmonopolgesetzes. Ueber die Beratungen des Haushaltsausschusses berichtet Abg. Erising (3.).

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer

Die Zündholzfabrikanten sehen selbst in dem Monopol ein geeignetes Mittel, um die Zündwarenindustrie wieder in geordnete Bahnen zu lenken. In dem Monopol sind die deutschen Wirtschaftsinteressen gewahrt, ein ausreichender Einfluß der deutschen Seite sichergestellt. Der Gewinn der Monopolgesellschaft kommt dem Reich unmittelbar oder mittelbar zugute. Den Interessen des Handels sei durch zahlreiche Bestimmungen Rechnung getragen. Besonders aber die Frage der Konsumgenossenschaftsfabriken habe eine Lösung gefunden, die als ein befriedigender Interessenausgleich anzusehen sei. Aus Gründen der Raffenlage hielt es die Regierung für richtig, für die Vorteile der schwedischen Seite eine gewisse Gegenleistung durch Gewährung einer langfristigen Anleihe zu verlangen. Die Anleihe beträgt 125 Millionen Dollar bei 6 v. H. Verzinsung und 83 v. H. Auszahlungsfurs (tatsächlich also 8 v. H. Verzinsung). Sie ist mit 50 Millionen Dollar spätestens 7 Monate und 75 Millionen Dollar spätestens 16 Monate nach der Verkündung des Monopolgesetzes zahlbar. Die Laufzeit beträgt 50 Jahre, die Tilgung beginnt vom 10. Jahr ab. Einschließlich des Handelsmonopolmehrertrags für die Schweden bewegt sich die effektive Verzinsung um 7 v. H. herum. Die Anleihe wird zunächst von der schwedischen Zündholzgruppe selbst gegeben. Sie darf in den nächsten 3 1/2 Jahren nicht zur Aufhebung auf den Kapitalmarkt kommen. Uebergehend zur Raffenlage des Reichs führte der Minister aus, er habe bei seinem Antritt das Finanzprogramm der Regierung vorgefunden, das 900 Millionen Steuererleichterung für die Wirtschaft vorsah und den 450-Millionen-Tilgungsfonds. Beide Verpflichtungen sollen erfüllt werden. Allerdings müße die Schuldenentlastung vorangehen. Die Einnahmen an Steuern seien in den letzten Monaten in einem Maß hinter den Schätzungen zurückgeblieben, daß die ursprüngliche Absicht, den Fehlbetrag des Jahres 1928 im Jahr 1929 abzudecken, nicht mehr verwirklicht werden könne. Der Betriebsmittelbedarf der Reichsstafte betrage etwa 450 Millionen, von denen 250 Millionen nur zu bestimmten Terminen, 200 aber dauernd die Kasse belasten. Dieser Bedarf erhöhe sich, wenn im ordentlichen Haushalt ein Fehlbetrag entstehe, oder Anleihen zur Deckung der außerordentlichen Ausgaben nicht aufgenommen werden können. Der Raffenbedarf habe sich Ende Dezember auf 1700 Millionen beziffert und zwar 800 Millionen ungedeckte außerordentliche Ausgaben, 450 Millionen normaler Betriebsmittelbedarf, 150 Millionen Fehlbetrag 1928 und 300 Millionen Fehlbetrag 1929. Diesem Bedarf standen nur Deckungsmittel in Höhe von 1370 Millionen gegenüber. Es ergab sich ein Kassenfehlbetrag von 330 Millionen, der durch einen kurzfristigen Kredit gedeckt werden mußte. Ende März trete zwar der Fehlbetrag 1929 nicht mehr in Erscheinung, da er durch die Youngerparnisse ausgeglichen werde. Dagegen erhöhe sich der außerordentliche Bedarf um 50 Millionen Mark zur Beteiligung an der Preußentasse und um weitere Darlehen an die Arbeitslosenversicherung, die trotz der Beitragserhöhung seit Januar in diesem Jahr 375 Millionen Kredite beanspruchen werde, wovon erst 150 Millionen in den Etat eingestellt seien. Hinzu kommen 30 Millionen für Stützungen von Reichsanleihen, so daß der außerordentliche Bedarf sich bis Ende März auf schätzungsweise 1100 Millionen erhöhe. Der Raffenbedarf betrage also auch Ende März rund 1700 Millionen Mark.

An Deckungsmitteln stehen 400 Millionen Reichswchsel zur Verfügung, 100 Millionen Betriebskredit bei der Reichsbahn, 350 Millionen „Ueberbrückungskredit“ von Ende Dezember, 225 Millionen Bankdarlehen, 210 Millionen Auslandsdarlehen, 225 Millionen Darlehen von Reichsbahn und Reichspost, zusammen also 1510 Millionen, von denen noch 1010 Millionen konsolidiert werden müssen. Da noch 100 Millionen vorhanden seien, ergebe sich zur Ueberwindung des Märzultimo ein Spitzenbedarf von 90 Millionen, zu dessen Deckung die erforderlichen Verhandlungen eingeleitet seien. Die Kreugeranleihe sei zur Konsolidierung der Raffenlage unbedingt erforderlich. Der Haushaltsplan für 1930 werde noch im März den Reichstag beschäftigen können.

Abg. Dr. Herz (Soz.): Die Sozialdemokraten stimmen dem Monopol zu, weil es sich um ein Teilstück des Sanierungswerks für die Kasse und den Etat des Reichs handle. Von einer Steuererleichterung könne im Jahr 1930 keine Rede sein, eher werden neue Steuern kommen.

Abg. Menzel (Dntl.) meinte, nicht der Schutz der deutschen Zündholzindustrie, sondern

die Finanznot und die versprochene Kreuger-Anleihe seien für die Regierung die Triebfeder zur Einbringung der Vorlage gewesen. Angesichts der großen Vorteile, die das Monopol dem

des „Observatore Romano“ die Bücher Mussolinis: „Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist“ und „Fajzifischer Staat, Kirche, Schule“ (amtliche fajzifische Buchhandlung Vittorio) auf die Liste der verbotenen Bücher gesetzt. Die italienische Regierung hat die vom Vatikan geforderte Mißbilligung der Bücher abgelehnt.

Vertrauensumfrage über die Diktatur in der spanischen Wehrmacht

Madrid, 27. Jan. General Primo de Rivera hat die obersten Dienstbehörden des Heeres und der Flotte beauftragt, in den ihnen unterstellten Militärbezirken eine Umfrage zu veranstalten, ob die Diktatur noch das Vertrauen des Heeres und der Flotte besitze. Falls dies von der Mehrheit verneint würde, würden Primo de Rivera und die übrigen Mitglieder der Regierung dem König ihr Entlassungsgesuch einreichen.

Die Antwort der Provinz Saragossa lautete, daß die Garnisonen jeder Regierung gehorchen werden, die das Vertrauen des Königs besitze.

Primo de Rivera erklärte in einer Besprechung mit Zeitungsvertretern, zu der Umfrage im Heer habe er sich entschlossen, weil gegen ihn und seine Regierung eine gehäßige Maulwurfsarbeit, namentlich auch in einer gewissen ausländischen Presse, betrieben werde. Wenn er das Vertrauen der Wehrmacht nicht besäße, könnte er nicht länger am Ruder bleiben. Er glaube sagen zu können, daß er das Vertrauen des Königs und des spanischen Volks besitze.

Schwedentrust bietet, kann man die Bedingungen der Kreuger-Anleihe nicht übermäßig günstig nennen. Für die deutsche Zündholzindustrie hätte man besser als durch ein Monopol sorgen können durch Zölle und Einfuhrsperre gegen die russische Konkurrenz. Der Redner wandte sich gegen eine Vorzugsbehandlung der genossenschaftlichen Zündholzproduktion und beantragte Streichung der entsprechenden Bestimmungen. Die Vorlage sei die Folge der unglücklichen Finanzpolitik Hilferdings. Die Deutschnationalen würden das Gesetz ablehnen.

Abg. Dr. Köhler (3) hielt das Gesetz für notwendig. Nach dem schlechten Erfolg der beiden letzten Anleihen sei es verhältnismäßig, wenn der Finanzminister ein solches Experiment nicht wiederhole, sondern den vorteilhafteren Weg des Abschlusses mit Kreuger gehe. Uebermäßig günstig seien Kreugers Bedingungen freilich nicht. Besonders unsympathisch wirke die Steuerfreiheit. Wir müßten uns wohl oder übel damit abfinden, weil ohne Anleihe die Finanzen nicht saniert werden könnten (!). Mit Rücksicht auf die schwierige Finanzlage werde das Zentrum der Vorlage zustimmen.

Abg. Dr. Pfeiffer (DVP) erklärte die Zustimmung seiner Freunde zu der Vorlage in der Ausschlußfassung. Darin liege ein Opfer der wirtschaftlichen Ueberzeugung. Grundsätzlich sei die Volkspartei gegen Monopole. Hier werde aber die deutsche Zündwarenindustrie geschützt gegen die weitere Verdrängung durch die Auslandskonkurrenz. Mit Zöllen und Einfuhrsperre wäre dieser Schutz nicht zu erreichen gewesen. Für die Volkspartei sei an der Regierungsvorlage die Ausnahmebestimmung unerträglich gewesen, die den Konsumvereinen zum Schaden des freien Handels eingeräumt war. Im Ausschluß seien diese Bestimmungen aber wesentlich verbessert (?) worden. In der jetzigen Fassung sei das Gesetz für die Volkspartei annehmbar.

Abg. Bornmann (Wirtschsp.) führte aus, die Vorlage verlege den Verfassungsgrundsatz der Gleichberechtigung, weil die Konsumvereine dem Einzelhandel gegenüber bevorrechtet würden. Demnach könne die Vorlage nur mit Zweidrittelmehrheit Gesetz werden. Die bürgerlichen Regierungsparteien hätten vor der Sozialdemokratie restlos kapituliert. Das Vertrauen zu dem volksparteilichen Reichsfinanzminister sei schwer enttäuscht worden.

Abg. Fischbeck (Dem.) versuchte dem Standpunkt der Demokraten Ausdruck zu geben, während der Abg. Rauch (Bayrische Volkspartei) erklärte, es werde in Wahrheit jetzt nicht über ein Monopol beraten, sondern über eine Anleihe, die zur Sanierung der Reichsfinanzen unbedingt nötig sei und die ohne Monopol nicht erreicht werden könne. Handele es sich um das Monopol allein, so würde seine Partei die Vorlage ablehnen. Wir sind zwar nicht verantwortlich für die Politik des früheren Finanzministers Hilferding, aber wir wollen andererseits auch nicht durch Ablehnung dieses Entwurfes das Reich in Zahlungsunfähigkeit bringen.

Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) erklärte, die Kreuger-Anleihe werde die Finanznot nur für kurze Zeit bannen können. Sie sei der erste Schritt auf einem verhängnisvollen Weg. Seine Parteifreunde könnten der Vorlage nicht zustimmen, wenn die von ihnen eingebrachten Änderungsanträge nicht angenommen werden sollten. Der nationalsozialistische Antrag zugunsten der Thüringer Zündholzindustrie sei diktiert von der Sorge um die Existenz weiterer Kreise der dortigen Bevölkerung.

Abg. Dr. Best (Volksp.) und Abg. Ariebl (D.-Hann.) lehnten die Vorlage ab. Damit schloß die Aussprache. Die Vorlage wurde im wesentlichen in der Ausschlußfassung angenommen. Gestrichen wurde auf Antrag der Regierungsparteien die 10-prozentige Preiserhöhung für Exportware. — Das Haus vertagte sich auf Dienstag 1 Uhr: Dritte Beratung des Zündholzmonopols.

Württemberg

Landesversammlung der Württ. Verwaltungsbeamten

Stuttgart, 27. Jan. Im Konzertsaal der Liederhalle hielt am Sonntag der Verein Württ. Verwaltungsbeamten seine Landesversammlung für 1929 ab, der auch Vertreter der Regierung und des Landtags anwohnten. Der erste Vorsitzende, Direktor Dillmann, betonte, daß die schlechte Wirtschaftslage im vergangenen Jahr auch auf die Beamtenschaft ungünstig zurückgewirkt habe. Die Angriffe auf das Beamtentum haben sich verstärkt. Die Beamtenschaft erkenne an, daß ihr Los im Verhältnis zu anderen Ständen erträglich sei.

Obersekretär Dehsele-Stuttgart erstattete den Geschäftsbericht. Danach zählt der Verein 3800 Mitglieder. Die Sicherung der Ortsvorsitzer habe in der neuen

Gemeindeordnung eine unsachliche Behandlung erfahren. Die Finanznot lasse einen Abbauder Beamtengehälter befürchten. Die Ueberfüllung der Hochschulen werde zu einer Gefahr auch für den mittleren Beamtensstand. In der Zulassung von neuen Verwaltungsbeamten lasse das Ministerium weit über das erforderliche Maß hinausgegangen und habe sich gegenüber den Einflüssen von Bettern und Basen zu nachgiebig gezeigt. Durch die im Personalplan für 1930 vorgeesehenen Maßnahmen werde aber mit der Besserung der Verhältnisse der mittleren Beamten im Staatsdienst ein Anfang gemacht.

Nach einem Vortrag von Ministerialrat a. D. Häffner über die neue Gemeindeordnung wurden zwei Entschlüsse angenommen. Der erste fordert die Beschränkung der Zulassung von Anwärtern zum mittleren Verwaltungsdienst auf höchstens 80 im Jahr. Dagegen seien seit 1921 insgesamt 1118 Kandidaten zugelassen worden gegenüber einem natürlichen Beamtengang von nur 700. Die zweite fordert, daß die Regierung die Verwaltungsreform in Zusammenarbeit mit den mittleren Verwaltungsbeamten durchführe. Es müsse endlich für sie ein selbständiger Geschäftsrat (Staatsrat Schultheiß Rath) geschaffen und ihre Zeichnungsbefugnis befriedigend geregelt werden.

Gründung eines württ. Landesverbands zur Bekämpfung der Krebskrankheiten

Im Medizinischen Landesuntersuchungsamt in Stuttgart fand am Samstag eine Versammlung statt, der Vertreter der Regierung, des Landtags, der Ärzte, Krankenschwestern usw. zahlreich anwohnten. Obermedizinalrat Dr. Gnant, Stuttgart, sprach über die Krebskrankheit. Die leider immer mehr um sich greife und über deren Entstehung man noch nicht im klaren ist, obgleich sie nachweislich schon 1500 Jahre v. Chr. bekannt war. Eine Vorbeugung gibt es nicht, und eine Behandlung hat nur dann Erfolg, wenn sie möglichst frühzeitig beginnt. Für die Heilung kommt in Betracht die Operation und die Bestrahlung durch Radium. Auf der ganzen Erde gibt es aber nur 200 Gramm Radium und eintaufendstel Gramm davon kostet 300 Mark. Die Heilbehandlung darf nicht länger im ganzen Land verzettelt werden, sondern muß in wenigen gut eingerichteten Instituten zentralisiert werden. Dafür kommen in Betracht Tübingen für das Landesgebiet südlich von Balingen und Stuttgart für das Gebiet nördlich von Balingen.

Universitätsprofessor Dietrich, Tübingen, hielt einen wissenschaftlichen Vortrag über das Wesen der Krankheit, die im allgemeinen eine Uebererregung ist. Universitätsprof. Dr. Mayer, Tübingen, führte aus, daß in der Heilbehandlung zunächst die Bestrahlung und dann die Operation angewendet werden müsse. Zum Schluß wurde ein Württ. hohenzollerischer Landesverband zur Bekämpfung der Krankheit gegründet und zum ersten Vorsitzenden Prof. Dr. Dietrich gewählt.

Stuttgart, 27. Januar.

Uebernahme des Wirtschaftsministeriums durch den neuen Wirtschaftsminister. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Wirtschaftsminister Dr. Maier hat heute sein Amt übernommen. Der bisherige Wirtschaftsminister, Justizminister Dr. Bejerle, verabschiedete sich zunächst von seinen Mitarbeitern im Wirtschaftsministerium. Er gedachte dabei mit besonders herzlichen Worten des aus dem Wirtschaftsministerium ausscheidenden Staatsrates Rau, dem nicht nur er für seine Unterstützung wärmsten Dank sage, sondern dem auch die württ. Wirtschaft und das ganze Land für seine hervorragenden Dienste zu großem Dank verpflichtet seien. Wirtschaftsminister Dr. Maier richtete darauf an die Beamten und Angestellten des Ministeriums freundliche Begrüßungsworte. Er bat um vertrauensvolle Zusammenarbeit. Im Anschluß an die Amtübernahme stattete der neue Wirtschaftsminister dem Landtagspräsidenten einen Besuch ab.

Die Lage des Arbeitsmarktes. Der Stand an unterstützten Arbeitslosen war am 22. Januar 1930 in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 106 653 Personen, in der Krisenunterstützung 11 857 Personen. Die Gesamtzahl der Unterstützten stieg um 5525 Personen oder um 4,9 v. H. von 112 985 auf 118 510 Personen (101 987 Männer, 16 523 Frauen); davon kamen auf Württemberg 47 914 gegen 45 739 und auf Baden 70 596 gegen 67 246 am 15. Januar 1930. Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Süddeutschland kamen am 22. Jan. 1930 auf 1000 Einwohner 23,6 Hauptunterstützungsempfänger gegen 24,6 zur gleichen Zeit des Vorjahrs.

Stuttgart, 27. Jan. Zurückstellung von Bauprojekten. Im letzten Jahre wurden eine Reihe von Bauprojekten beschlossen, von denen, wie die Süddeutsche Zeitung hört, eine ganze Reihe nicht mehr ausgeführt und solange zurückgestellt werden müssen, bis der Anleihenmarkt wieder aufnahmefähig geworden ist. So können nicht ausgeführt werden: Die neue Realschule in Cannstatt, die bekanntlich hinter dem Kurial ausgeführt werden sollte, überhaupt alle Schulerweiterungen, weiter unterbleibt der Neubau auf dem Gelände der alten Landesheilmannschule für die Erweiterung des Katharinenhospitals und die Erweiterung der Schlachthofanlagen. Ebensoviele kann ein weiterer Erweiterungsbau des Katharinenhospitals, der auf dem noch der Ortskrankenkasse gehörenden Iwooligeglede vorgesehen ist, nicht ausgeführt werden. Von einer Rathausweiterung ist erst gar nicht mehr zu reden. Der Bau des neuen Altersheims ist ebenfalls in Frage gestellt. Auch die Mittel zum Ausbau des Basens, der zum Deutschen Turnfest fertig sein soll, sind noch nicht vorhanden. Von den genehmigten Plänen wird nur der Werkstättenneubau für das städtische Kraftfahrzeug ausgeführt, weil die Bauarbeiten schon so weit vorgeschritten sind, daß der Bau unbedingt vollendet werden muß.

Stuttgart. Generalabfindung der Gothaer Grundkreditbank abgelehnt. Der Württ. Sparerbund e. V. Stuttgart schreibt uns: Zum erstenmal ist es gelungen, durch Widerspruch von weit mehr als 15 Prozent der Pfandbriefbesitzer das Generalabfindungsangebot einer Hypothekbank zur Ablehnung zu bringen. Das Thüringische Wirtschaftsministerium teilt mit, daß das Generalabfindungsangebot der Gothaer Grundkreditbank abgelehnt wurde, weil mehr als 15 Prozent des Pfandbriefbesitzes rechtsgültigen Widerspruch erhoben haben. Es wird nun also auch bei der Gothaer Grundkreditbank zu Teilausschüttungen und später zu einer Restauschüttung kommen. Die hinterlegten Papiere können ohne weiteres von der Hinterlegungsstelle zurückgefordert werden.

Tödlicher Absturz. Am 2. Stod eines Hauses der G. Mann ab. Die Glode seiner aus in Tätigkeit gesetzt wor seiner Wohnung aus nach, mand bemerken konnte, be besser sehen zu können. Du und stürzte ab. Er war jo

Aus D

Mühlhausen. Am Sonntag frag die. Am Sonntag Herrmann Oberer, der de heftigen Streit. Darauf er

Sindelfingen. 27. Jan. Gemeinderat wurde ein St Verkauf von abgeholzten B station bei Mönchsbrunn, errichtet werden.

Leonberg. 27. Jan. Bei un glückt. Der seit 2 Jah Hamburg in Dienst stehende des Schreiners Gustav Jar mittag tödlich verunglückt. C Jahrgang, der durch einer mußte.

Kirchheim u. T. 27. Jan. hiesige Dekanats- und 1. Dr. Leube in Weinsberg in nennung wird demnächst er rat bereits seine Zustimmung

Mergentheim. 27. Jan. Berwalter der Mergentheim stiftungen, Josef Merz, w diente um die Erhaltung u mit Genehmigung des Diöz burg unter entsprechender tungsdirektor ernannt.

Reutlingen. 27. Jan. Schar Staren ist heute gekommen.

Aus Stad

Wer einen Höhen nicht erschrecken.

Die Wurze

In der immer interessan Auberhalten beschäftigt sid Frage: „Kann der Staat zwingen?“ Bekanntlich hat Notizen entprungene U Steigerung der Verbrehen Prohibitionsgesetz zu umg an die Kriegszeit der Rati Erfahrung zeigt immer wi Volle eine höhere Moral leiden. Wenn man mit sta einen Aufschwung der M wäre die Welt schon lange leichter als der Erlaß von zur Pflicht machten, ein u Aber die Erfahrung lehrt, konnte und die Lehre, die Staat kann die Moral nicht Absinken verhindern oder teit schüßen — aus diesen begründen — aber er kann die Menschen besser machen zeln, aus denen eine besse chen in jene Tiefen der Machtgebot des Staates u Besserung der Moral bewir Weg einer Erziehung und Diese Aufgabe ist schwer u beständigen Kleinkrieg mit es sich immer zeigt. Sie wi weder von Ruhm, noch Ge tum einschüchtern läßt, je Hoffnungslosigkeit und Er legten muß, weil er nicht

Mehr als 2 Millionen A sorgungsberechtigten infolge anlässlich der Reichsgefund rechnet. Eine neuere Zähl offer hat ergeben, daß die lichen Bestand bleibt. Dur beschäftigten wurde festgeste Verjorgungsberechtigte aus zwar 820 211 Kriegsbesch 797 531 Kriegserwaisen und über 2 1/2 Millionen Krieg Renten zu zahlen. Dabei u unter den Kriegsbeschädigte liche Verminderung der K nicht zu denken, da die Er digten im Lauf der Zeit in Rentenbezüge zunehmen, nicht weniger werden.

Stattistik aus dem kath dem abgelassenen Jahr 192 wesen nachstehende Verän Schulfstellen wurden 134 ne angestellte Lehrer 58 im D und 9 Lehrerinnen im Du 16 Lehrpersonen wurden z Kandidaten legten die höhe ab. An den Lehrerbildungs gen vor; 2 Lehrer an solc ein Schulkat und Reg. Kat Rat ernannt. Von Bezirke (Saulgau). Mit Tod ging und Balzer). In den Kul Durchschnittsalter von 65 1/2 starben 12 ständige Lehrer Jahren. Im Ruhestand sta

liche Behandlung erfahren. Die u der Beamtengehälter... llung der Hochschulen... für den mittleren Beamtenstand...

Tödlicher Absturz. Am Samstag abend stürzte aus dem 2. Stock eines Hauses der Eberhardstraße ein etwa 65jähriger Mann ab. Die Glocke seiner Wohnung war von der Straße aus in Tätigkeit gesetzt worden. Der Mann sah vom Balkon seiner Wohnung aus nach, wer geläutet hatte. Da er niemand bemerken konnte, beugte er sich noch weiter vor, um besser sehen zu können. Dabei bekam er das Liebergewicht und stürzte ab. Er war sofort tot.

Aus dem Lande

Mühlhausen 27. Jan. Stuttgart, 27. Jan. Familienrat g. d. e. Am Sonntag nachmittag geriet der Arbeiter Hermann Oberer, der betrunken war, mit seiner Frau in heftigen Streit. Darauf erhängte er sich.

Sindelfingen. 27. Jan. Eine Waldstadt. Im Gemeinderat wurde ein Statut genehmigt betreffend den Verkauf von abgeholzten Baumstämmen in der Nähe der Blockstation bei Mönsbrunn. Es soll dort eine Art Waldstadt errichtet werden.

Leonberg. 27. Jan. Bei der Marine tödlich verunglückt. Der seit 2 Jahren bei der Handels-Marine in Hamburg in Dienst stehende 25jährige Gustav Zapp, Sohn des Schreiners Gustav Zapp, hier, ist am Samstag nachmittag tödlich verunglückt. Gustav Zapp ist der dritte seines Jahrgangs, der durch einen Unglücksfall das Leben lassen mußte.

Kirchheim u. T. 27. Jan. Der neue Dekan. Für die hiesige Dekanats- und 1. Stadtpfarrstelle ist Stadtpfarrer Dr. Leube in Weinsberg in Aussicht genommen. Seine Ernennung wird demnächst erfolgen da der Kirchengemeinderat bereits seine Zustimmung gegeben hat.

Mergentheim. 27. Jan. Etzung. Der langjährige Verwalter der Mergentheimer umfangreichen Deutschordensstiftungen, Joier Merz, wurde in Würdigung seiner Verdienste um die Erhaltung und Wehrung dieser Stiftungen mit Genehmigung des Diözesanverwaltungsrats in Rottumburg unter entsprechender Gehaltseinstufung zum Verwaltungsdirektor ernannt.

Reutlingen. 27. Jan. Die ersten Staren. Eine Schar Staren ist heute früh im Gewand „Wies“ angekommen.

Aus Stadt und Land

Magd., den 28. Januar 1930.

Wer einen Höhenweg wagt, darf vor Abgründen nicht erschrecken.

Die Wurzeln der Moral

In der immer interessanteren Zeitschrift „Ethik“ von Dr. Abderhalden beschäftigt sich G. Büsche-Rürich mit der Frage: „Kann der Staat eine Besserung der Moral erzwingen?“ Bekanntlich hat in Amerika das gewiß edelsten Motiven entsprungene Alkoholverbot eine bedeutende Steigerung der Verbrechen zur Folge gehabt, die das Prohibitionsgesetz zu umgehen suchten. Oder man denke an die Kriegszeit der Rationierung der Lebensmittel. Die Erfahrung zeigt immer wieder, daß die Gesetze, die dem Volke eine höhere Moral anbefehlen, häufig Schiffbruch leiden. Wenn man mit staatlichen Geboten und Verboten einen Aufschwung der Moral erzwingen könnte, dann wäre die Welt schon lange ein Paradies. Nichts wäre leichter als der Erlaß von Gesetzen, die es jedem Bürger zur Pflicht machen, ein wahrer Mutterbürger zu sein. Aber die Erfahrung lehrt, daß das nicht erreicht werden konnte und die Lehre, die sich daraus ergibt, heißt: Der Staat kann die Moral nicht heben. Er kann vielleicht ein Absinken verhindern oder vorhandene Sitten und Sittlichkeit schützen — aus diesem Grund sind keine Gesetze zu begründen — aber er kann durch kein Gebot und Verbot die Menschen besser machen, als sie sein wollen. Die Wurzeln, aus denen eine bessere Moral erwachsen kann, reichen in jene Tiefen der Menschenseele hinab, die dem Machtgebot des Staates unerreikbaar sind. Will man eine Besserung der Moral bewirken, dann geht es nur auf dem Weg einer Erziehung und Verfeinerung der Gewissen. Diese Aufgabe ist schwer und mühevoll. Sie wird einen beständigen Kleinrieg mit dem Schlechten erfordern, wo es sich immer zeigt. Sie wird den Mut erfordern, der sich weder von Ruhm, noch Geist, noch von Macht und Reichtum einschüchtern läßt, jenen Mut, der trotz scheinbarer Hoffnungslosigkeit und Erfolglosigkeit den Kampf fortsetzen muß, weil er nicht anders kann.

Mehr als 2 Millionen Kriegstotenempfänger. Die Versorgungsberechtigten infolge von Kriegsschädigung wurden anlässlich der Reichsgesundheitswoche auf rund 772 000 berechnet. Eine neuere Zählung der noch lebenden Kriegsofopfer hat ergeben, daß diese Zahl weit unter dem tatsächlichen Bestand bleibt. Durch den Reichsbund der Kriegsschädigten wurde festgestellt, daß in Deutschland 2 250 472 Versorgungsberechtigte aus dem Weltkrieg sich befinden, und zwar 820 211 Kriegsschädigte, 872 001 Kriegerwitwen, 797 531 Kriegswaisen und 261 229 Kriegerehren. An diese über 2 ¼ Millionen Kriegsofopfer hat das Deutsche Reich Renten zu zahlen. Dabei ist, obwohl die Sterblichkeitsziffer unter den Kriegsschädigten sehr hoch ist, an eine wesentliche Verminderung der Kriegserenten auf absehbare Zeit nicht zu denken, da die Erwerbsfähigkeit der Kriegsschädigten im Lauf der Zeit immer mehr ab- und dadurch die Rentenbezüge zunehmen, auch die hinterbliebenen Bezüge nicht weniger werden.

Statistik aus dem katholischen Schulwesen 1929. Aus dem abgelaufenen Jahr 1929 sind aus dem kath. Volksschulwesen nachfolgende Veränderungen zu verzeichnen: An Schullehrern wurden 134 neu bestellt, darunter durch erstmals angestellte Lehrer 58 im Durchschnittsalter von 30 ½ Jahren und 9 Lehrkräften im Durchschnittsalter von 38 ½ Jahren. 16 Lehrpersonen wurden zu Volksschullehrern bestellt; 14 Kandidaten legten die höhere Volksschulprüfung mit Erfolg ab. An den Lehrerbildungsanstalten kamen 4 Veränderungen vor; 2 Lehrer an solchen wurden zu Studienräten, je ein Schulkat und Reg.-Kat zum Oberschulkat und Oberreg.-Kat ernannt. Von Bezirkschulämtern wurde 1 neu bestellt (Saulgau). Mit Tod gingen 2 Bezirkschulräte ab (Frei und Walzer). In den Ruhestand traten Lehrer in einem Durchschnittsalter von 65 ¼ Jahren und 3 Lehrerinnen im Durchschnittsalter von 48 Jahren. Noch im Dienst stehend starben 12 ständige Lehrer im Durchschnittsalter von 37 Jahren. Im Ruhestand starben 19 Pensionäre im Durch-

schnittsalter von 67 Jahren. Die durchschnittliche Ruhestandszeit betrug 5 ½ Jahre. Es kann beobachtet werden, daß die erledigten Schulstellen vor allem im Interesse der Junglehrerschaft viel früher besetzt werden als vor Jahren. Deren erstmalige Anstellung erreicht immer noch fast 30 Jahre, die der Lehrereinstellung sogar fast 39 Jahre. Vom Bischof. Ordinariat wurden 10 Chorregenten mit dem Titel eines „Kirchenmusikdirektors“ beliehen.

Walldorf. 28. Jan. Singwoche. Die von H. Dr. Seifert geleitete Singwoche, die über Erwartungen großen Anhang fand, nahm gestern abend im Adler-Saal unter großer Beteiligung von nah und fern einen würdigen Abschluß. (Ausführlicher Bericht folgt).

Ergenzingen. 27. Jan. Jugendtreffen. Der Südkrausbezirk hat ein Jugendtreffen hier veranstaltet; zu diesem kamen die Jugendvereine auch von Dettlingen, Mühringen, Börsingen, Ober- und Unterthalheim. Die Jungens erfreuten sich an dem schönen Spiel und manches muntere Lied erklang. Kamentlich der Rottenburger Bruderverein, der sich wiederum vollständig eingestellt hatte, sang besonders schön. Man brachte auch mehrere theatrale Auführungen zur Wiedergabe, an denen sich alt und jung erfreute.

Dornkotten. 27. Jan. Unter heftigem Widerstand verhaftet. Auf dem hiesigen Bahnhof sollte ein junger Mann von Lützenhardt verhaftet werden. Sein Verstecken hinter einem Eisenbahnwagen half ihm nichts, er wurde verhaftet und geschloffen abgeführt. Nun mischten sich aber Landsleute aus Lützenhardt ein und wollten den Verhafteten befreien, so daß der Landjäger schließlich das Seitengewehr ziehen mußte. Mit Hilfe von Bahnbeamten wurde der Verhaftete dann in den 10-Uhr-Zug gebracht, um nach Freudenstadt weiterbefördert zu werden. Der Vorfall erregte großes Aufsehen.

Klosterreichenbach. 26. Jan. Böse Folgen eines Streites. Zwei junge Knaben im Alter von 6 einhalb und 10 Jahren gerieten miteinander in Streit, wobei der Ältere einen Stein nach dem Jüngeren warf und denselben so unglücklich an den Hintertopf traf, daß er bewußtlos vom Platze getragen werden mußte. Der Bedauernswerte ist nun diese Nacht seinen schweren Verletzungen, unter qualvollen Schmerzen, erlegen.



Aus aller Welt

Der Zustrom zu Berlin. Die deutschnationale Fraktion hat im preussischen Landtag einen Antrag eingebracht, die Berliner Verwaltung weitgehend zu dezentralisieren und dadurch eine wirkliche Selbstverwaltung mit eigener Verantwortlichkeit zu schaffen. Der ungenügende Zugang nach Berlin soll durch gesetzliche Maßnahmen unterbunden werden.

Institut für Krebsforschung in Dänemark. Das amerikanische Rockefeller-Institut hat dem dänischen Carlsberg-Grundstod eine Million Kronen (1,12 Millionen Mark) zur Errichtung eines Forschungsinstituts zur Bekämpfung der Krebskrankheit geschenkt. Die Leitung soll Dr. Albert Fischer in Berlin erhalten. Der Carlsberg-Grundstod hat die Kosten für den Bau des Instituts zu bestreiten.

Berufslicher Wettbewerb. Zu einem beruflichen Wettbewerb für Jugendliche des Gewerkschaftsbundes für Angestellte (G.D.A.) haben sich rund 25000 Teilnehmer gemeldet.

Motorship „Rhein“ nicht gestrandet. Die Hamburg-Amerika-Linie teilt mit, daß das Motorship „Rhein“ von der Tafelbucht (Südafrika) nicht gestrandet sei; es lief zwar auf, ohne Schaden zu nehmen, und konnte mit eigener Kraft wieder freimachen und die Reise fortsetzen.

Falschmünzer in Nürnberg. In der Nacht zum Sonntag wurde in Nürnberg in einem Anwesen in der Denisstraße eine gut eingerichtete Falschmünzwerkstätte entdeckt. Im Zusammenhang damit gelang es der Polizei, in Rosenberg (Oberpfalz) 5 Personen festzunehmen, die in einem Auto über Land fuhren und in allen Orten, durch die sie kamen, falsche Fünfmarkstücke absetzten. Bei den Verhafteten handelt es sich um den Mechaniker Karl Eggert, dessen Bruder, einem Werkzeugmacher, den Radiotechniker Höchstetten, dessen Mutter und eine Arbeiterin Maria Landgraf aus Nürnberg. Sie sind geständig, im Laufe der letzten zwei Wochen in Regensburg, Fürth, Nürnberg und anderen Orten etwa 200 falsche Fünfmarkstücke verausgabt zu haben.

Großer Brand in Unterfranken. In Rüdenu (Unterfranken) brach nachts in dem Anwesen der Kinder Alfermann Feuer aus, das rasch eine große Ausdehnung annahm. Zwei Wohnhäuser, fünf Scheunen und mehrere Hallen und Nebengebäude wurden eingestürzt.

Der Rosenfabrikant von Brühl (Baden). Der 27jährige Tagelöhner Johann Popp von Brühl gab eine Anzeige auf, worin er über 5000 Heimarbeiter zur Herstellung von Kunststrofen mit einem Wochenverdienst von 30—60 M ludte. Der Geschwister hatte 15 ½ Rückporto bezulegen. Der Betrug begann damit, daß Popp mit einer 5-Pfennig-Marke den Interessenten seinen Prospekt sandte und 10 Pfennig unterstufte. Bis zu seiner Verhaftung liefen nicht weniger als 2000 Meldungen ein, nach seiner Verhaftung noch über 800. Außerdem verlangte Popp auch für das zur Verfügung gestellte Material einen Eratz, und er hatte von 250 Kunden dafür bereits 700 M erhalten. Der Gerichtsvorführende erklärte, daß das Material nur 34 ½ wert sei. Das Gericht verurteilte Popp zu einem Jahr Gefängnis.

Von Wilderern erschossen. In Nieder-Mendig bei Koblenz wurde ein Polizeihauptwachmeister von Wilderern erschossen.

Gemäldebefehle auch in Genf. Wie kürzlich in Bern und Lausanne, sind auch aus der Gemäldebemalung in Genf zwei kleine Bilder französischer Meister gestohlen worden. Man vermutet, daß die Diebstähle von einer organisierten internationalen Bande verübt wurden.

Wieder Reichsdeutsche in der Tschechoslowakei verhaftet. Am Samstag wurden mehrere Ausflüchter aus Sachlen in

der Tschechoslowakei verhaftet, weil sie deutsche Viederfänger.

Stienschwindel. Die Industrie- und Handelsbank in Paris hat falsche Aktien der Pariser Fahrzeug-Gesellschaft in Höhe von etwa 8 Millionen Franken (1,32 Millionen Mark) ausgegeben. Der Direktor Martini wurde verhaftet, der Gründer der Bank, Calfax, der schon einmal betrügerischen Bankrott machte, ist flüchtig.

Großfeuer. In Hruschau bei Mährisch-Odrau sind am Sonntag für Gebäude einer chemischen Fabrik niedergebrannt.

In derselben Nacht ist das Drahtwerk der Berg- und Hüttenwerk-Gesellschaft in Oberberg (Mähren) samt dem Lagerhaus abgebrannt.

Bankeinbruch. In Matawan (New-Jersey, Am.) raubten am Samstag fünf bewaffnete Männer in einer Bank 20 000 Dollar. Sie entkamen in einem Auto.

Frecher Raubüberfall. In San Franzisko drangen zwei maskierte Räuber mit erhobener Pistole in das elegante Heim der Frau M. Campbell Smith ein, wo gerade eine Gesellschaft war. Die Räuber nutzten die günstige Gelegenheit aus und raubten der Dame des Hauses und elf Gästen, die zur ersten Gesellschaft gehörten, mehrere tausend Dollar bares Geld und Juwelen, worauf sie ihre Opfer festsetzten und kneten und sich dann davonmachten.

Das Diamantenhalsband der Königin von Portugal. Als die frühere Königin Viktoria von Portugal den glanzvollen Empfang, den der Gouverneur der Stadt Rom zu Ehren der Kronprinzen-Hochzeit auf dem Kapital abhielt, abends verließ, war ihr Diamantenhalsband verschwunden. Der Schmuck ist ein Familienerbstück aus dem portugiesischen Königshaus, den nur die jeweilige Königin von Portugal tragen darf. Er ist von sagenhafter Kostbarkeit und besteht aus Diamanten und schwarzen Perlen. Die Empfangssäle auf dem Kapitol waren überfüllt gewesen. Der Gouverneur machte bange Stunden durch, alle Nachforschungen blieben erfolglos. Aber mitten in aller Aufregung erschien am nächsten Abend ein Vaktäger der Transportfirma, die das Aufräumen der Festäle übernommen hatte, beim Gouverneur und brachte das Halsband unverfehrt wieder. Es hatte zwischen den Möbeln gelegen.

Eine bedeutsame Erfindung? Einem Monteur in Düren (Rheinpr.) soll es nach achtjährigen Versuchen gelungen sein, eine Masse herzustellen, die eine außerordentlich starke Auftriebskraft im Wasser zeigt. In Anwesenheit mehrerer Fachleute stellte er, nachdem er seine Erfindung zum Patent angemeldet hat, Versuche an, die durchaus befriedigend verliefen. Die Masse soll an Wänden von Schiffen angebracht werden, so daß deren Ladefähigkeit bedeutend erhöht und die Sicherheit gewährleistet wird. Ein Dürener Großindustrieller hat dem Erfinder einen Betrag zur Ausbeutung seiner Erfindung zur Verfügung gestellt.

Stiftung aus Amerika. Der in Milwaukee lebende Fabrikant Harnischfeger hat seiner Vaterstadt Salem in N. H., Reg.-Bez. Kassel, für die er seit dem Krieg ein Wohltäter gewesen ist, 50 000 Dollar für den Neubau einer Schule gestiftet. Harnischfeger ist als junger Schlossergeselle ausgewandert und besitzt eine Fabrik, die 3000 Arbeiter beschäftigt.

Hilft Bockbier? Den allgemeinen Papageischnacken hat ein Gastwirt in Lauenburg für eine eigenartige Reklame benutzt. Er zeigt in den dortigen Zeitungen an, daß sein Bockbier das beste Vorbeugungsmittel gegen die jetzt so viel besprochene Psittakose sei.

Letzte Nachrichten

Landrat Gottheimer zur Disposition gestellt.

Berlin, 28. Jan. Nach dem Amtlichen Preussischen Presseblatt hat das preussische Staatsministerium den Landrat des Kreises Johannisburg Gottheimer in den einseitigen Ruhestand versetzt. Als Grund für diese Maßnahme wird von der „Vossischen Zeitung“ angegeben, Landrat Gottheimer habe sich, obwohl er als politischer Beamter die Pflicht habe, die Politik der Regierung zu vertreten, führend für das Volksbegehren eingesetzt.

Die interfraktionelle Besprechung in Preußen. — Die Sozialdemokraten bestehen auf dem Kultusministerium.

Berlin, 28. Jan. Wie der „Vorwärts“ zu der Besprechung der preussischen Regierungsparteien über die Frage der Großen Koalition ergänzend berichtet, entgegnete der Abgeordnete Heilmann auf die Darlegung des Standpunktes der Demokraten zwei Ressortminister gäben die Koalitionsparteien der Volkspartei nicht. Einen Ressortminister allein könne die Volkspartei nicht annehmen, also bleibe nur ein Ressortminister und ein Minister ohne Portfeuille. Wer das ablehne, solle offen sagen, daß er die Große Koalition entzwei schlagen wolle. Wenn der Sozialdemokratie das Kultusministerium mit dem Abgeordneten König verweigert werde, hätte sie an weiteren Verhandlungen kein Interesse. Unverständlich sei ihm, daß die Einwendungen gegen den Dissidenten König gerade von demokratischer Seite kämen. Im Schluswort habe dann Ministerpräsident Braun hervorgehoben, wenn der Widerspruch gegen König aufrechterhalten werde, den er zum Kultusminister vorgeschlagen habe, dann müßten die Parteien damit rechnen, daß die Große Koalition nicht zustandekäme. Er werde auch nicht wochenlang verhandeln, sondern binnen wenigen Tagen die Entscheidung herbeiführen. Er werde die Volkspartei offiziell fragen, ob sie mit dem Handelsminister und einem Minister ohne Portfeuille — ohne finanzielle Mehrbelastung — einverstanden sei oder nicht. Sobald er die Antwort der Volkspartei habe, werde er die Koalitionsparteien vor die entsprechende Entscheidung stellen.

Ein vielversprechender Anfang.

London, 28. Jan. Die Admiralität hat unter dem 24. Jan. den den britischen Staatswerften erteilten Auftrag auf Bau von zwei 10 000 Tonnen-Kreuzern rückgängig gemacht. Die Arbeiten an beiden Kreuzern waren bereits auf Grund der Ankündigung von Ministerpräsident MacDonald im Unterhaus im Juli letzten Jahres eingestellt worden.

Spiel und Sport

Olympische Spiele 1936 in Köln? Ende Mai 1930 wird der Olympische Kongress in Berlin über die Vergebung der Olympischen Spiele 1936 entscheiden. Zwölf Städte haben sich bis jetzt darum beworben, besonders Rom, Barcelona und Budapest. Von deutscher Seite ist Berlin vorgeschlagen worden. Allein unter den heutigen Verhältnissen wird bezweifelt, ob Berlin dazu in der Lage wäre. Der Deutsche Reichsausschuss könnte aber die Sicherheit für Berlin nicht übernehmen, da ihm nur ganz ungenügende staatliche Mittel zur Verfügung stehen. Der Olympische Ausschuss hat aber schon vor längerer Zeit beschlossen, die Spiele nicht mehr zu vergeben, ohne daß volle Sicherheit für eine ordnungsmäßige Durchführung vorhanden ist. Neuerdings wird nun auch von Köln gesprochen, das ein riesiges Stadion besitzt, das bei den Deutschen Kampfspiele 1926 und dem gewaltigen Deutschen Turnfest 1928 sich bewährt hat.

Dornier-Supercat bei Mannheim gelandet. Am Sonntag nachmittag 1.13 Uhr ist der Dornier-Supercat D 1762 von Friedrichshafen aufgeflogen und nach 2 Stunden 10 Minuten auf dem Rhein bei Mannheim (Entfernung 205 Kilometer) glatt gelandet. Die Höchstgeschwindigkeit betrug 160 Kilometer. Das Flugzeug setzte am Montag vormittag die Fahrt über Amsterdam nach dem Hauptflughafen Warnemünde, wo es dauernd stationiert werden soll, fort, nachdem es 400 Liter Brennstoff aufgenommen hatte.

D 1762 ist ein neues, schön eingerichtetes Flugboot. Es bietet Platz für 21 Fluggäste und besitzt ein Fluggewicht von 13 000 Kg. und vier Motoren von 2000 bis 2250 PS. Es wird geführt von dem Piloten Fath und den Monteuren Schneider und Kolmar. Das Flugzeug wird von der Luft Hansa übernommen.

Eisfahrs tragisches Ende. Das Flugzeug Eiflons wurde in den Eisgebieten nordwestlich von Alaska zertrümmert aufgefunden, von ihm selbst fand man keine Spur mehr — der fühne Nordpostflieger wollte am 9. November von Alaska aus mit einem Begleiter einem im Eis eingeschlossenen amerikanischen Schiff Lebensmittel überbringen. Seitdem ist er verschollen.

Handel und Verkehr

Der englische Goldengang. Insgesamt ist während des Jahres 1929 in Großbritannien Gold im Betrag von 1248,2 Millionen Mark eingegangen, davon aus den südafrikanischen Gruben 760 Mill. Mk., und Australien 101,2 Mill. aus südamerikanischen Staaten, 160,6 Mill. (vormiegend Münzen) aus den Vereinigten Staaten 94,8 Mill., aus den Niederlanden 59,2 Mill. Mk.

Sinkender Wechselkurs — Steigende Wechselproteste. Der Wechselkurs ist im Jahr 1929 andauernd zurückgegangen und zum Teil durch Kontokorrentkredite der Banken erleichtert worden. Am Anfang des Jahres 1930 betrug nach der Schätzung des Instituts für Konjunkturforschung der Wechselkurs im Reich 10 Milliarden Mark gegen 11,7 Milliarden Anfang 1929. Der Wechselkurs, der während der konjunkturellen Hochspannung viel rascher als Finanzierungsnotbehelf herangezogen wurde, wird jetzt offenbar allmählich durch normalen Bankkredit abgelöst, wodurch

die Flüssigkeit der Wirtschaft gestärkt wird. Immerhin ist aber der Wechselkurs noch um rund 3 Milliarden höher als Mitte 1926. Trotz des starken Rückgangs des Wechselkurses im vorigen Jahr haben sich die Wechselproteste — nach dem saisonmäßigen Rückgang im Sommer — seit Oktober wieder erhöht, und sie erreichten im Dezember 1929 den höchsten Stand seit der Krise im Winter 1925/26. Die Entspannung auf dem Geldmarkt hat offenbar noch nicht alle Kreise der Wirtschaft erfasst. Die Wechselproteste machten im Sommer 1927 rund 80, Ende 1929 rund 170 Millionen Mark aus. Im Durchschnitt der letzten Jahre wurden also monatlich etwa für 120 Mill. Mk. Wechsel protestiert.

Gewinnrückgang bei General Motors. Der vorläufige Jahresabschluss der General Motors bezieht den Jahresreingewinn auf 243 Mill. Dollar gegenüber 276,4 Millionen Dollar 1928. Der Reingewinn im letzten Kalenderjahresjahr wird mit 20 Mill. Dollar (gegenüber 35,9 Mill. Dollar in der gleichen Zeit des Vorjahres) ausgewiesen.

Erhöhung der Zuckerausfuhrmenge. Der Verwaltungsausschuss der Ausfuhrvereinigung der deutschen Rübenzuckerfabriken hat die Ausfuhrpflichtmenge für die Erzeugung 1929—30 von 6 auf 12 v. H. der Erzeugung erhöht. Weitere Erhöhungen sind vorbehalten.

Wien a. Br., 27. Jan. Ründigungen. Bei der Spielwarenfabrik R. Steiff wurde am Samstag 130 Arbeitern gekündigt.

Konkurs. Wilhelm Bleicher, früher Mechaniker, jetziger Inhaber der Firma Wilhelm Bleicher, Schuh-, Lederwaren- und Sportartikelgeschäft in Balingen.

Ravensburg, 27. Jan. Zahlungseinstellung. Die Papierfabrik Rosenwangen sah sich gezwungen, die Zahlungen einzustellen und einen Vergleich mit den Gläubigern anzustreben. Die Gläubigerversammlung findet am 1. Februar in Ulm statt. Der Betrieb wird zur Durchführung eines größeren Auftragsbestands aufrecht erhalten.

Zahlungseinstellung. Die Modenwarenfirma Dehne u. Kopp, Komm.-Ges. in Mülheim-Ruhr und die Kolonialgroßfirma Bend u. Müßelbacher in Hamburg haben die Zahlungen eingestellt.

Der Passagierdampfer „Thuringia“, der am 9. Januar von Hamburg abgefahren ist, ist am 24. Januar 9 Uhr morgens in Newyork angekommen.

Wetter für Mittwoch und Donnerstag: Die Ausdehnung der nordwestlichen Depression gegen das Festland äußert sich zwar in langsamem, aber ständigem Barometerfall. Für Mittwoch und Donnerstag ist Neigung zu unbedeutendem Wetter zu erwarten.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten, einschließlich „Die Mode vom Tage“.

Marktbericht der Stadtgemeinde Nagold vom 27. Januar 1930

Viehmarkt.		Preis pro Stück	
Gattung:	Zufuhr Stück:	Verkauft Stück:	
Ochsen	9	5	505—513 RM
Stiere	10	2	365—300 "
Farren	2	—	—
Rühe	21	5	285—590 "
Kinder u. trächt.	—	—	—
Kalbinnen	55	20	300—640 "
Schmalvieh	40	38	155—290 "

Handel etwas gedrückt, Marktbesuch gut.

Schweinemarkt.		Preis pro Paar	
Gattung:	Zufuhr Stück:	Verkauft Stück:	
Milchschweine	235	196	70—110 RM
Läuferchweine	402	372	115—180 "

Zufuhr sehr gut, Handel anfangs gedrückt, später lebhafter, Marktbesuch sehr gut; für einige Paar stärkere Käufer im Gewicht bis zu 1 Zentner wurden 175—180 M bezahlt.

Fruchtmarkt.		Preis pro Htr. RM	
Gattung:	Zufuhr Stück:	Verkauft Stück:	
56,24 Htr. Weizen	—	—	12,30—13,00
1,17 " Dinkel	—	—	8,50
16,00 " Roggen	—	—	11,50—11,70
15,10 " Gerste	—	—	8,80—9,75
44,00 " Haber	—	—	7,50—8,00
5,00 " Erbsen	—	—	13,00

Der Markt war gut besucht, Handel recht lebhaft. Weizen — schöne Ware — ist noch aufgestellt in der Schrammenhalle. Nächster Fruchtmarkt am nächsten Samstag, den 1. Febr. 1930.

Holzpreise

Nagold, 25. Jan. Bei dem gestern nachgefundenen Brennholzverkauf wurden erlöst für 1 Km. Fo. Koller 2 Meter lang 13,18 M, 1 Km. Anbruch 16,52 M, 1 Km. Durchfortungsprügel 11,53 M; für 100 gebundene Nadelholzwellen 30,18 M, für 100 Wellen ungebunden in Flächen 11,25 M.

Ebershardt, 25. Jan. Bei dem heute stattgefundenen Langholzverkauf wurde erlöst für Los 1 109%, Los 2 109%, Los 3 104,5% und für Los 4 103,5%, somit ein Durchschnittserlös von 106,5%.

Gestorbene: Gustav Wagner, Fleischbeschauer, 72 Jahre, Hirsau — Johann Gg. Dengler, 66 Jahre, Ruppigen. Roline Kern, geb. Burthardt, 80 Jahre, Pfalzgrafenweiler — Chr. Sehr, 70 Jahre, Gurrweiler.

Benützen Sie die großen Vorteile meines

WINTER-AUSVERKAUFES

Paul Röchle, am Markt, Calw.

Stadtgemeinde Nagold

Beigeholz- und Reifig-Berkauf

Am Donnerstag, den 30. Jan. 1930, kommen aus Stadtwald Distrikt Lemberg, Distrikt Rillberg, Abt. Molde und Hohenrain zum Verkauf: Nadelholz, Beigeholz: 111 Km. Prügel und Anbruch. Nadelholz, Brennreife: 500 gebundene Wellen; 4820 Wellen ungebunden in Flächen (darunter schöne Stängellose). Zusammenkunft zum Vorgehen mittags 1 Uhr auf der Höhe der alten Freudenstädter Straße beim Hatterbacher Wegezeiger. Verkauf 3 Uhr im Gasthaus zur „Krone“ in Nagold. Städt. Forstverwaltung.

Gündringen Fichten-Stangen-Berkauf

Am Donnerstag, den 30. Januar, nachmittags 1 Uhr, verkauft die Gemeinde aus Waldteil Osterholz: 108 Stück Baustrangen 1. Kl. 54 " " 2. " Zusammenkunft beim Rathaus. Gemeinberat.

Morgen Mittwoch, den 29. Januar läuft im Gasthofz. Löwen in Nagold der große

GEG-Film

mit interessanten Einlagen. Für Kinder 4 Uhr nachmittags 307 „ Erwachsene 8 Uhr abends. Eintritt frei.

Rheuma

Ischias, Hexenschuß, Gliederreißer, Neuralgie (Nervenschmerzen), Gicht! Gern teile ich kostenlos ein einfaches Mittel mit, das mir und zahlreichen Patienten in kurzer Zeit half. Ueber 3000 Dankbriefe. (Ich verkaufe nichts.) (90) Krankenschwester Margarete Heber, Wiesbaden A 234

rein, bekömmlich und fein.

KLOSTERSENF

WEIN-ESSIG GURKEN

Kloster-senf

FR. KAUFFMANN

Fr. Kauffmann, Ebersbach-Fils, Württemberg.

Naturwissen

schaftliche Kenntnisse braucht heute jeder!

Lesen Sie darum der

Kosmos

Sie erhalten jährlich: 12 Monatshefte 4 Bücher

Preisermäßigungen Vergünstigungen Auskunft

alles für RM 2.- im Vierteljahr

Kosmos / Gesellschaft der Naturfreunde, Stuttgart

Anmeldungen nimmt an: G. W. Zaiser Buchhandlung, Nagold.

W. Forstamt Nagold.

Holz-Berkauf.

Am Samstag, den 1. Februar 1930, nachm. 1 Uhr in der „Linde“ in Nagold aus Stadtwald Bienenhölzle, Hörnte Abteilung Budel u. Stich, Schloßberg, Abt. Tannenwald und hinter der Burg, Staufen Abt. Kopf, Vorderer und hintere Brandplatte und vom Scheidholz der ganz. Forsterei Nagold.

Brennholz: Km. buch. Schr. 2. Prgl. 2, Hartgem. 365, Nadelh. 3490, sowie je 5 Loh Schlagraum u. Flächenlose.

Außerdem aus Schloßberg Abt. Nord. Burg. halbe Laubh. Stammh. Jm.: 0,43 4., Ahorn und 0,60 4. Esche. 308

Unreines Gesicht

Bidel Miteffer werden in wenigen Tagen durch das Teintverschönerungsmittel Venus (Stärke A) Preis M. 2,75 unter Garantie beseitigt. Gegen Sommersprossen (Stärke B). Preis M. 2,75. Drog. Hollander, Nagold

Confirmationen-Büchlein

Zwei steinerne Schweinefäße hat zu verkaufen D. Rink, Mühle Untertalheim.

stets vorrätig bei G. W. Zaiser, Nagold

Große Vorteile bietet Ihnen mein

Inventur-

SALAMANDER-MARKE

Ausverkauf

von heute bis 8. Februar

Auf sämtliche Schuhwaren 10-15% Rabatt

ein größerer Restposten 30-50% Rabatt

Beachten Sie bitte dieses günstige Angebot

Wilh. Grüninger, Schuh- und Sportgeschäft, Nagold, Bahnhofstr.

Ich bin viel froher

schreibt uns eine Zeitschrift

seitlich durch die farbenfreudigen Bilder und durch die heiteren und ersten Beiträge viele Anregungen auf allen Gebieten der Lebenskunst — die nur „Weltmanns Monatshefte“ bieten können — bekommen habe. So sind „Weltmanns Monatshefte“ die Zeitschrift, die in besonders klarer, kultivierter Form aus dem Kunst- und Geistesleben berichtet. Heute, wo mir diese Zeitschrift schon zur Selbstverständlichkeit geworden ist, frage ich mich, wie konnte ich so lange an diesen einzigartigen unübertroffenen Heften vorbeigehen? Wieviel mehr Lebensinhalt und Lebensmut würde ich die vergangenen Jahre gehabt haben, wenn ich durch einen Freund auf diese schöne Zeitschrift hingewiesen worden wäre.

Wie vielen mag es ähnlich gegangen sein. Verlangen Sie deshalb bitte heute nach neuen Einbänden, von 30 Bänden, Porto ein umfängliches Probeheft mit etwa 7 Kunstablagen und ca. 60-70 Bunt- u. einfarb. Abbild. vom Verlag Weltmanns Monatshefte, Braunauweig.

Amts-

Mit den illustrierten „Unjere Heimat“

Bezugspreise: Monatlich M. 1,80; Einzelnummern jedem Werttage. — D.-A.-Bezirk Nagold. Verlag v. G. W. Zaiser

Telegr.-Adresse: Gesellsch

Nr. 23

Zag

Die Beratung der durchwändig werdenden Gesellsch. 14. Februar beginnen und abstimmen erledigt sein. — Lezung soll die Beratung geschaltet werden.

Der Reichstag hat sich a

Das deutsch-polnische Verhältnissen Tagen veröffentlic

Der preußische Landrat (Distrikt) ist in den Ruhestand Volksbegehren eingereicht

Der König von Schweden Bemahlin in Rom eingetro

Neueste

Gegen die Erweiterung de

Berlin, 28. Januar. In arbeitsminister lehnt der Plom-Ingenieure endie bei der in Vorbereitung tenversicherungsgesetzes daraf sicherungsfreien technischen L rung zu unterwerfen. Die die Erfüllung solcher Ford nung des sozialen G Personen von der gesetzliche einer solchen Zwangsmaßnoffe aus Selbstverantwortung technischen Akademiker wollen noch auf die eigne Wahl e Sie können aber auch nicht zwischen Patient und Arzt mismäßig hohe Beiträ für eine entsprechende halten. Dieser Personen Krankenkasse günstige Riffiter

Um einem empfindlic

Berlin, 28. Jan. Da es teien in Deutschland gibt, ru Gründung einer Volksnatio die „auf dem Boden der gegelage der deutschen Volksge Marxismus, plutokratische B Gefinnung kämpfen“ soll.

Für Württembergs und

Karlsruhe, 28. Jan. Auf ferenz der christlichen G Deutschlands wurde vom W neten Heurich-Karlsruhe, menschlusses von Württembe

Unser

Warum? Womit hat B dient? Etwas in Dstoberf tum und seine E. en nach Um die Millionen von de von Haus und Hof verjagt de deutschen Freistaat Danzig mit seinen Annahungen und führt sich Polen im Kor Kulturwerke zum Schaden de nachlässigt werden!

Dennoch werfen wir dief weiteres durch das Liquide Markt, auf die wir einen fest die wir zur Wiederherstellu wenig brauchen könnten, g Rezept, daß man einen böfe Knochen geben soll.

Warum hat denn unser l fande Käufer in Warf Vielleicht, daß der jetzt bereit endlich einmal zur Ruhe kor er, daß die Polen durch die eher für den Handelsve Da, wenn dieser uns wirklich urteilte der Bundesvorstand — und dieser darf gewiß bi gesprochen zu werden — über machungen für die deutsche G In seiner Entschliezung vom „In der heutigen Lage der deutet die Gewährung der a wie die Aufhebung der Kam pöllige Preisgabe de